



Medienrohstoff

Datum 28.03.2007

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer und der Teilrevision Asylgesetz vom 16. Dezember 2005

Am 24. September 2006 wurden das neue Gesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie die Teilrevision des Asylgesetzes (AsylG) in einer Volksabstimmung angenommen. Der Bundesrat hat am 8. November 2006 eine teilweise Inkraftsetzung des revidierten AsylG auf den 1. Januar 2007 beschlossen. Die übrigen Bestimmungen der Teilrevision des AsylG sowie des neuen AuG und die dafür notwendigen Ausführungsbestimmungen sollen am **1. Januar 2008** in Kraft treten.

Das *AuG* ersetzt das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG). Fünf der insgesamt zwölf Verordnungen zum ANAG werden in der *Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE)* zusammengefasst. Damit können insbesondere die die Vollziehungsverordnung zum ANAG (ANAV) und die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) aufgehoben werden. Die wesentlichen Ausführungsbestimmungen, welche die Zulassung mit oder ohne Erwerbstätigkeit und die Aufenthaltsregelung betreffen, sind nun in der VZAE enthalten. Diese Verordnung enthält zudem Bestimmungen über die Ausnahmen von den allgemeinen Zulassungsregelungen (Härtefallregelung, Opfer und Zeugen von Menschenhandel etc.). Die heutige Praxis soll weiter geführt werden, soweit sie sich bewährt hat und das AuG keine neuen Regelungen vorsieht.

Die Ausführungsbestimmungen zur *Teilrevision des AsylG* betreffen die Umsetzung der geänderten verfahrens- und vollzugsrechtlichen sowie der finanzrelevanten Bestimmungen. Die *verfahrensrechtlichen Bereiche* betreffen insbesondere das Verfahren an den Empfangsstellen und Flughäfen, die Drittstaatenregelung, die vermehrten Bundesanhörungen, die Rückkehrhilfe, die Einführung eines Notfallkonzepts bei steigenden Asylgesuchszahlen, die Erhebung und Bekanntgabe von Personendaten und biometrischen Daten sowie die am 1. Januar 2007 noch nicht in Kraft gesetzten Bestimmungen zur neuen vorläufigen Aufnahme. Im *finanzrechtlichen Bereich* werden die neuen Bestimmungen über

Medienrohstoff • Vernehmlassungsverfahren Verordnungen AuG und AsylG

die Globalpauschale zur Deckung der Sozialhilfekosten der Kantone umgesetzt. Weitere Ausführungsbestimmungen betreffen die Ausrichtung einer Nothilfepauschale an die Kantone für jeden rechtskräftigen Nichteintretens- oder negativen Asylentscheid sowie die Integrationspauschale als Beitrag an die kantonalen Integrationskosten.

Eine erste Umsetzung des Schengen-/Dublin-Besitzstands auf Gesetzesstufe ist bereits mit Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 erfolgt. Die Anpassungen auf Verordnungsstufe sind nun in den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des AuG und des AsylG enthalten. In diesen ebenfalls enthalten sind die nach dem 17. Dezember 2004 notwendig gewordenen Nachbesserungen zur Umsetzung von Schengen/Dublin. Um zu verhindern, dass die Verordnungsbestimmungen innert kurzer Zeit erneut stark überarbeitet werden müssen, werden zudem auch die für das Ausländerecht relevanten, von der EU der Schweiz bereits mitgeteilten Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands berücksichtigt. Die Nachbesserung und die Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes erfordern zum Teil auch Anpassungen auf Gesetzesstufe. Zu diesen Gesetzesanpassungen wird ein separates Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Die damit verbundenen Verordnungsänderungen können erst in Kraft gesetzt werden, wenn diese Übernahme- und Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sind.

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens für folgende Verordnungen:

- Entwurf der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE)
- Entwurf der Änderung der Asylverordnung 1 (AsylV 1)
- Entwurf der Änderung der Asylverordnung 2 (AsylV 2)
- Entwurf der Änderung der Asylverordnung 3 (AsylV 3)
- Entwurf der Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)
- Entwurf der Verordnung über das Einreise- und Visumverfahren (VEV)
- Entwurf der Verordnung über die Integration (VInta)
- Entwurf der Verordnung über die Gebühren zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer
- Entwurf der Änderungen der Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs
- Entwurf der Änderung der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen
- Entwurf der Änderung der Verordnung über das Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung)
- Entwurf der Änderung der Zivilstandsverordnung

Die Verordnungen sind unter www.ejpd.admin.ch verfügbar.

Kontakt/Rückfragen:

Brigitte Hauser-Süess, Bundesamt für Migration, Tel. +41 (0)31 325 93 50